

Rede im Parlament am 10. Mai 2007

Rede zum Antrag:

„Sofortprogramm für die Berliner Justiz I – Jugendstrafvollzug“

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kollegen! Ich danke Ihnen für diese engagierte Debatte. – Das, was die Kollegen Fraktionssprecher vorgetragen haben, überrascht nicht. Es war das, was im Rahmen des normalen Rollenverhaltens zu erwarten war. Das, was allerdings die Justizsenatorin heute gemacht hat, überrascht schon. Es überrascht deshalb, weil es eine unglaubliche Verharmlosung der Zustände im Berliner Vollzug darstellt. Frau von der Aue! Jemand, der hier so spricht und argumentiert wie Sie, hat den Knall einfach nicht gehört und hat nicht wirklich verinnerlicht, vor welcher intensiven Problemlage wir in Berlin stehen.

Deshalb, Frau von der Aue, kann ich Ihnen nur sagen, war unser Antrag vollkommen richtig. Ich gestehe selbstverständlich zu, dass man im Rahmen eines parlamentarischen Beratungsverfahrens an der einen oder anderen Stelle feilen muss. Aber Ihre Reaktion zeigt mir, dass wir den Finger in die Wunde gelegt haben. Ihr Verhalten zeigt mir insbesondere, wenn ich mir noch mal vor Augen führe, dass Sie sich hier vor die Mitarbeiter stellen und damit subtil vermitteln wollen, wir hätten die Masse der Mitarbeiter in den Vollzugsanstalten kritisiert, dass das Gegenteil die Wahrheit ist. Wir greifen das auf, was die Mitarbeiter aus den Vollzugsanstalten und aus anderen Bereichen der Justiz öffentlich oder semi-öffentlich an uns herantragen, weil die Zustände nämlich auch für sie unerträglich geworden sind.

Sie als Sozialdemokratin sollten doch wissen, dass ein Personalrat die Vertretungskörperschaft der Mitarbeiter ist. Und wenn der Personalrat in einer für mich bisher nicht bekannten Art und Weise etwas zu Papier bringt und wir das zum Anlass nehmen, es kritisch zu reflektieren, dann können Sie uns doch nicht subtil unterstellen, wir würden etwas gegen die Mitarbeiter tun. Ganz im Gegenteil!

Wir als Christdemokraten verstehen uns auch als Anwalt derer, die jeden Tag einen schweren Job in diesen Randbereichen der Gesellschaft tätigen, unter den schwierigen Bedingungen, die Sie persönlich und der rot-rote Senat zu verantworten haben.

Ich mache mir ausdrücklich das zu eigen, was der Kollege Kluckert dazu gesagt hat. Ich möchte nur darauf hinweisen: Es ist nicht die CDU, die ausschließlich dieses Thema ventiliert. Wir alle bekommen doch Pressespiegel. Ich unterstelle, auch Sie, Frau Senatorin. Dann werden Sie sehen, dass es fast jeden Tag Berichterstattungen in den Medien über die Haftanstalten, über den Strafvollzug insgesamt gibt. Das sind leider nicht immer nur Artikel, die auf Veranlassung der CDU geschrieben worden sind, weil wir etwa eine gute Pressearbeit machen, sondern weil es der medialen Öffentlichkeit bewusst ist, dass es hier Schwierigkeiten gibt. Ich habe sie hiermit vorgebracht, ich denke, Sie kennen sie, ich muss sie nicht erwähnen. Heute schreibt der „Tagesspiegel“ drei Artikel dazu, gestern die „Morgenpost“ einen Artikel. Ich muss das nicht aufzählen, Ihnen werden diese Artikel bekannt sein.

Ich will es trotzdem versuchen, auch wenn Ihr Beitrag, Frau Senatorin, für mich keinen Anlass dazu gegeben hat, auf einzelne Punkte sachlich einzugehen. Sie sagen, die CDU.

Ich möchte auf das eingehen, was die Frau Senatorin gesagt hat. Die Senatorin sagt, wir fordern in unserem Sofortprogramm Privatisierungen von Haftanstalten. Frau Senatorin! Ich muss Sie fragen: Haben Sie diesen Antrag denn überhaupt gelesen? – In diesem Antrag steht, wir fordern auf zu prüfen, ob Privatisierungen in Teilbereichen sinnvoll sind. In der Begründung wird auch ausführlich dargestellt, dass es dabei darum geht, die Grenzen der rechtlichen Zulässigkeit von Privatisierungen auszuloten und die haushaltsmäßigen Auswirkungen festzuschreiben. Das ist ein Prüfungsauftrag, es ist keine so gebundene Forderung nach Privatisierung, wie Sie es dargestellt haben.

Stichwort Meutereien – der Kollege Kluckert hat es dankenswerterweise schon aufgerufen –: Nicht die CDU in diesem Hause hat gesagt, Meutereien stünden unmittelbar bevor, sondern der Anstaltsleiter von Tegel hat es Ihnen als Abschiedsgeschenk hinterlassen, indem er es über die Medien mitgeteilt hat.

Im Ergebnis, Frau Senatorin, gilt: Nicht wir als Christdemokraten skandalisieren hier irgendwelche Zustände, sondern die Zustände sind skandalös. Es ist unsere Aufgabe, das ins Licht der Öffentlichkeit zu tragen und – so wie wir es durch den Antrag getan haben – durch konstruktive Hinweise den Versuch zu unterbreiten, Abhilfe zu leisten. Herzlichen Dank!